

Weggis heisst Überschuss gut

Rechnung Die 127 anwesenden Stimmbürger der Gemeinde Weggis haben gestern Abend an der Gemeindeversammlung die Rechnung 2018 grossmehrheitlich abgesegnet. Diese schliesst bei einem Gesamtaufwand von 37,4 Millionen Franken mit einem Ertragsüberschuss von 6,57 Millionen Franken. Das ist deutlich besser als budgetiert. Gerechnet hatte der Weggiser Gemeinderat mit einem Plus von 2,56 Millionen Franken.

Das gute Resultat ist insbesondere auf ausserordentliche, einmalige Steuererträge zurückzuführen. So nahm die Gemeinde mit 21,9 Millionen rund 3 Millionen Franken mehr an Gemeindesteuern ein.

Ebenso positiv entwickelt hat sich die Pro-Kopf-Verschuldung in der Gemeinde. Die Nettoverschuldung ging auf 2453 Franken zurück, was gegenüber dem Vorjahr eine Veränderung um 27 Prozent ist. Dies, obschon Weggis 2018 Investitionen im Umfang von rund 3 Millionen Franken getätigt hat. (jon)

Neue Optionen für einen Kultursaal

Entlebuch Seit Herbst prüft ein Team Möglichkeiten für einen neuen Kultursaal, nachdem die Entlebucher Stimmbürger die Sanierung des Saals im Hotel Port für 2,45 Millionen Franken im Juni bachab geschickt hatten. Dem Projektteam schwebt ein Kultur- und Kongresszentrum vor, das eine Ausstrahlung über das Entlebuch hinaus hat.

Nun teilt das Projektteam mit, dass die Idee eines Saals weiter fortgeschritten sei. Mit dem Businesspark Aentlebuch sei ein investitionswilliger Immobilienbesitzer gefunden worden. «Mittlerweile können zwei Möglichkeiten näher geprüft werden: ein Saal im Erdgeschoss sowie eine Variante auf dem Dach.» Bei letzterem würde ein komplett neuer Aufbau auf dem Gebäude erstellt.

Eine Machbarkeitsanalyse soll die beiden Varianten näher prüfen. Für Herbst 2019 ist eine Informationsveranstaltung geplant. Inputs ans Projektteam können an ideen@kultur-entlebuch.ch gesendet werden. (pd/rt)

Braucht Luzern die Finanzreform?

Abstimmung Am 19. Mai befinden die Stimmbürger im Kanton Luzern über die Aufgaben- und Finanzreform 2018. Befürworter Rolf Born und Gegner Michael Widmer kreuzen die rhetorischen Klänge.



Die Finanzreform sieht vor, die Kosten der Volksschule je zur Hälfte auf Kanton und Gemeinden zu verteilen. Davon profitieren nicht alle Kommunen gleich. Symbolbild: Boris Bürgisser

Pro

Ein Ja zur Aufgaben- und Finanzreform 18 (AFR18) schafft einen deutlichen Mehrwert. Für die Bildung unserer Kinder, für die Wirtschaft, für die Sicherheit der Luzernerinnen und Luzerner, aber auch für alle Steuerzahlenden. Die enormen Bildungskosten – die Gemeinden bezahlen heute jährlich 640 Millionen Franken – werden neu je zur Hälfte auf die Gemeinden und den Kanton verteilt. Das ist nichts als fair.

Die kinderreichen Gemeinden – und das ist die grosse Mehrheit im Kanton Luzern – ächzen seit Jahren unter den stetig wachsenden Ausgaben. Dabei haben sie zu den Vorgaben für die Schulen verhältnismässig wenig zu sagen. Das führte auch dazu, dass die Chancengleichheit bei den schulischen Angeboten, den Tagesstrukturen und im Bereich der Musikschulen kantonsweit nicht mehr gewährleistet ist.

Kinderreiche Gemeinden in schwierigen finanziellen Verhältnissen haben Mühe, ein zeitgemässes Angebot bereitzu-

stellen. Auch die unhaltbare Situation im Hochwasserschutz wird mit der in der AFR18 vorgesehenen Kantonalisierung endlich gelöst.

Der langjährige Investitionsstau wird beseitigt, die Sicherheit für die Gesamtbevölkerung erhöht und die privaten Anstösser entlastet. Diese Veränderungen beim Bildungskostenteiler und beim Wasserbau entlasten alle Luzerner Gemeinden im Umfang von 200 Millionen Franken. Wird die AFR18 abgelehnt, droht dem Kanton im nächsten Finanzplan im schlimmsten Fall ein Loch von 400 Millionen Franken. Potenzielle Opfer sind die Gemeinden und die Steuerzahlenden.



Rolf Born,
FDP-Gemeindepräsident
Emmen, Präsident des Verbands
Luzerner Gemeinden

Das will die Vorlage

Auf den Kanton Luzern kommen Mehrausgaben von rund 160 Millionen Franken bei der Bildung und etwa 20 Millionen beim Wasserbau zu. Das sind die zentralen Elemente der Aufgaben- und Finanzreform (AFR) 2018, des grössten Reformprojekts des Kantons seit zehn Jahren. Im Gegenzug sollen die Gemeinden etwa Ergänzungsleistungen der AHV und IV sowie die verbilligten Krankenkassenprämien für Sozialhilfeempfänger übernehmen. Zudem sollen Einnahmen von Sondersteuern zu Gunsten des Kantons verschoben werden. Total werden Aufgaben im Umfang von zirka 200 Millionen neu verteilt.

Befürworter – darunter der Regierungsrat, CVP, FDP, SVP und der Verband Luzerner Gemeinden – sprechen von einer längst fälligen, gerechteren Verteilung von Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden. Gegner – darunter SP, Grüne, GLP und 13 Gemeinden – kritisieren das zu grosse Ungleichgewicht, welches bei den Gemeinden durch die Reform entstehe. Hängig ist zudem eine Beschwerde der Gegner bei Bundesgericht. Diese hat keine aufschiebende Wirkung. (red)

Contra

Viele Gemeinden freuen sich auf Mehreinnahmen aus der AFR18. Doch bei näherem Hinschauen lässt sich feststellen, dass diese Reform für die Gemeinden grosse Risiken birgt und bewährte Systeme auf den Kopf stellt. So sollen die kantonalen Steuern erhöht und die Gemeinden gezwungen werden, ihre zu senken – ein schwerwiegender Eingriff in die Gemeindeautonomie. Gleichzeitig werden den Gemeinden wichtige Einnahmen weggenommen und Risikokosten überwältigt.

Durch die verordnete Steuer senkung und eine Neuverteilung der Sondersteuern fehlen den Gemeinden wichtige Erträge. Die zusätzlichen Kosten wie die Ergänzungsleistungen zur AHV, welche die Gemeinden vollumfänglich übernehmen müssen, werden in den nächsten Jahren wachsen. Der Kanton rechnet in der Botschaft zur AFR bis im Jahr 2030 mit einem Effekt von 18 bis 24 Millionen Franken zu Gunsten des Kantons.

Die AFR18 ist unter dem Strich ein Sanierungspaket des Kan-

tons. So schrieb die Regierung 2018: «Die AFR18 ist ein zentrales Element, um den Kantons Haushalt ab 2020 ins Gleichgewicht zu bringen.» Mit der AFR18 werden zahlreiche Gemeinden, darunter Sursee oder Luzern, zu sogenannten Härtefällen. Die anderen Gemeinden müssen diese während Jahren finanziell unterstützen. Eine Reform, welche die Wirtschaftsmotoren des Kantons zu Härtefällen macht und einen neuen Finanzausgleich benötigt? Das kann nicht das Ziel sein. Dass in der AFR18 zudem Einnahmen aus Vorlagen wie der Staf einkalkuliert werden, über die noch gar nicht entschieden ist, zeigt, dass das Gesamtpaket nicht aufgeht. Deshalb: Nein zu dieser Katze im Sack.



Michael Widmer,
CVP-Finanzvorsteher Sursee,
Co-Präsident des Komitees
«Nein zur AFR18»

ANZEIGE

LUZERNER RASTSTÄTTE
Luzern-Neuenkirch

Tag der offenen Tür

Mittwoch, 8. Mai, 13–19 Uhr

Schnitzeljagd - Glücksrad - Hüpfburg
GRATIS Wurst + Spiessli vom Marché-Grill

Sicherheit und Stabilität

Paul Winiker

Vielen Dank für Ihre Stimme im 2. Wahlgang am 19. Mai

Paul Winiker und Marcel Schwerzmann wieder in die Regierung

Erfahren. Unternehmerisch. Lösungsorientiert.

IFU Info-Forum
Freies Unternehmertum
IFU - Wir vernetzen Unternehmen und Politik. www.ifu.ch

Ruedi Ott
Opa von MIRO fragt sich:

«Wenn nicht jetzt – wann dann?»

KORINTHA BÄRTSCH
IN DEN REGIERUNGSRAT

beiUns Die Plattform für Lokales
beiUns.ch

KEIN SONG DOPPELT

NEU AUCH NACHTS VON 20 BIS 5 UHR

Die beste Musik.

RADIO PILATUS